



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale unterstützen die Verbesserungsvorschläge zu Wirksamkeit und Koordination der internationalen Tätigkeit
Für Rückfragen	Tiana Angelina Moser, Nationalrätin, +41 76 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	4. Juni 2012

Bundesversammlung will die Wirksamkeit und Koordination seiner internationalen Tätigkeit verbessern

Die Bedeutung der internationalen Tätigkeit nimmt im Gleichschritt mit der wachsenden internationalen Einbindung der Schweiz zu. Dass das Parlament seine Tätigkeit in diesem Bereich deshalb professionalisieren will, ist aus Sicht der Grünliberalen folgerichtig. Gleichzeitig soll die Vorlage auch den Umgang mit den drei „kleinen“ Fraktionen in Bezug auf die internationalen Beziehungen regeln. Verlustängste der „grossen“ bürgerlichen Parteien waren leider aber stärker als der Wille zu demokratisch korrekter Einbindung.

„Kleine“ Fraktionen bei internationalen Delegationen untervertreten

Die heutige Regelung führt dazu, dass drei der sieben im Nationalrat vertretenen Fraktionen (BDP, Grüne und Grünliberale) systematisch von den offiziellen internationalen Tätigkeiten des Parlamentes ausgeschlossen werden. Die drei Fraktionen umfassen im Nationalrat 36 Mitglieder und entsprechen 18 Prozent.

Das Parlament unterhält verschiedenste Beziehungen zu internationalen Institutionen wie dem Europarat, der EFTA, der IPU (Interparlamentarischen Union), der NATO oder der OSZE. Zur Pflege dieser Beziehungen bildet der Nationalrat offizielle Delegationen. Eben solche Delegationen existieren für die Beziehung zu den Parlamenten der Nachbarländer Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und dem Fürstentum Lichtenstein.

Aus Sicht der Grünliberalen sollen auch die kleinen Fraktionen, natürlich entsprechend ihrer Grösse, an dieser Tätigkeit beteiligt werden und sich einbringen können. Dies entspricht der Kultur unseres Landes. „Schliesslich werden die kleinen Kantone nicht ausgeschlossen, wenn es um die Diskussion der Beziehungen zur EU geht, sondern genauso einbezogen und angehört wie die grossen Kantone“, bestätigt die glp Fraktionspräsident Moser ihr Demokratieverständnis.

Analog der Kommissionssitzverteilung (alle Sitze zusammengezählt und dann verteilt) sollen neu auch die Delegationssitze verteilt werden. Somit hätte man einen einfachen und moderaten Einbezug der kleinen Fraktionen. Leider konnten die bürgerlichen „grossen“ Fraktionen dieser Änderung nicht zustimmen, zu stark ist die Besitzstandeswahrung in den Köpfen verankert.

Die Grünliberalen erachten die Professionalisierung für den Empfang der ausländischen Delegationen wie sie vom Ständerat vorgeschlagen wird als sinnvoll. Üblicherweise wurden bisher die APK-Mitglieder ad-hoc für Empfänge angefragt. An Treffen nahm teil, wer sich einrichten konnte. Wenig erstaunlich, dass es immer schwierig war, genügend Parlamentarier/-innen für diese Treffen zu finden. Klare Zuständigkeiten sind sinnvoll. Die weiteren Anträge zur Professionalisierung der internationalen Tätigkeiten haben die Grünliberalen dann unterstützt, wenn diese nicht zu substantziellen Mehrkosten führen.